

Der Westen kann nicht mehr das Zentrum der Welt sein

Stand: 08.03.2023 | Lesedauer: 11 Minuten

Von **Thomas Schmid**



Wir Europäer hielten Frieden für Normalzustand

Quelle: AFP/ARIS MESSINIS

Die westliche Zivilisation ist in vieler Hinsicht das Beste, was die Geschichte hervorgebracht hat. Aber wir können nicht mehr davon ausgehen, dass alle Staaten unserem Modell folgen werden. Angesichts der russischen Herausforderung sind jetzt neue Allianzen nötig.

Manche Sätze behaupten etwas Falsches, treffen aber doch einen Punkt. „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“ ist ein solcher Satz. Er fiel am Tag nach dem Beginn des unerklärten russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und war die Reaktion Annalena Baerbocks (</politik/ausland/plus244065085/G-20-Treffen-China-steht-so-eng-an-der-Seite-Russlands-wie-nie-zuvor.html>) auf den neuerlichen Bruch des Völkerrechts durch Russland. Die deutsche Außenministerin gab damit spontan dem Gefühl Ausdruck, dass eine grundsätzlich neue Situation entstanden sei. Die politischen Gewissheiten, die als unerschütterlich galten, schienen sich in nichts aufgelöst zu haben. Es war, als wären wir jäh einem eisigen Sturmwind der Geschichte ausgesetzt. Dieses Gefühl war und ist echt.

Doch zu glauben, die Welt sei am 24. Februar 2022 eine andere geworden, setzt einen sehr europäischen und transatlantischen Blickwinkel voraus: Vertragstreue als die Regel. Die Bereitschaft, sich skrupellos über alles Recht und alle humanitären Übereinkünfte hinwegzusetzen und Gewalt für legitim zu erklären, schien seit dem Tod Adolf Hitlers 1945 der Vergangenheit anzugehören. Grenzen galten in Europa fortan als unverletzlich,

fast könnte man sagen: als heilig. Die überwältigende Mehrheit der heutigen Europäer hatte ihr Leben lang nur dies erlebt: Frieden und Gewaltlosigkeit. Wir hielten dies für einen Normal-, ja Naturzustand.

Das war eine Illusion. In Europa, in Deutschland zumal, wurde sie inniger gehegt als in den Vereinigten Staaten, die stets Venus und Mars im Blick behielten. So erfolgreich die europäische Einigung die Staaten der EU friedlich miteinander verbunden hat, so hat sie auch eine seltsame Geschichtsvergessenheit geschaffen. In ihrem Streben nach immer engerer Verflechtung hat sie faktisch den Glauben an einen nicht mehr weit entfernten Endzustand genährt.

Gerade indem die europäische Einigung der langen Gewaltgeschichte des Kontinents ein Ende machen wollte, hat sie das historische Bewusstsein geschwächt. Und damit eine Einsicht blockiert, die nach den Barbareien des 20. Jahrhunderts doch offenkundig war. Die Einsicht, dass das Böse in der Welt ist – und bleiben wird. Dass Verbrechen, einmal verübt, wieder geschehen können. Die Geschichte der Menschheit ist, nicht erst seit 100 Jahren, voll von Zivilisationsbrüchen.

Weitet man den Blick über das Staatenensemble des Zweiten Weltkriegs hinaus, versteht man sofort, dass der Primat des Vertraglichen auf der Welt nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme ist. Gewalt und Krieg (<https://www.friedensbildung-bw.de/aktuelle-konflikte>) sind Normalität geblieben. Allein in dem noch jungen 21. Jahrhundert wurden mehr als 30 Kriege geführt. China, Korea, Vietnam, Biafra, Kongo, Algerien, Chile, Argentinien, Nicaragua, Syrien, Iran, Afghanistan: Der Gott des Krieges ist allgegenwärtig geblieben. Der Glaube war irrig, Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel würden ein derart attraktives Ensemble bilden, dass dessen Ausbreitung unaufhaltsam sei. Wir leben nicht in einer anderen, sondern in einer bekannten Welt.

Der russische Angriff auf die Ukraine hatte einen überraschenden Effekt. Er hat Deutschland, Europa und die westliche Welt nicht in Furcht und Schrecken versetzt. Der Krieg hat gerade das nicht bewirkt, was sich der russische Präsident erhoffte. Er hat die notorisch uneinigen EU-Staaten keineswegs auseinanderdividiert und gespalten. Er hat sie enger zusammengeführt denn je. Mehr noch: Putin hat dem transatlantischen Bündnis eine unerwartete Renaissance verschafft. Der russische Präsident wollte die zentrifugalen Kräfte des westlichen Bündnisses befeuern – hat aber deren zentripetalen Kräften einen überraschend starken Schub gegeben.

Wir haben keinen Grund, uns ob der Einsicht in die Notwendigkeit einer „Zeitenwende“ auf die Schulter zu klopfen. Wenn die deutsche Außenministerin bekräftigt, „wir“ stünden zu „unseren Werten“ und würden nicht wanken, klingt das wie ein Beschwörungsritual. Und täuscht eine weltpolitische Stärke des europäisch-transatlantischen Komplexes vor, die es nicht gibt. So sehr „wir“ auch die Backen aufblasen, global gesehen sind „wir“ in der Minderheit. Deutsche Außenpolitik, die etwas bewirken will, muss dies zuallererst anerkennen. Die transatlantische Renaissance allein reicht nicht.

Der Westen strahlt nicht mehr

Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs ist die Ukraine in den Mittelpunkt des europäischen Interesses gerückt. Und „wir“, vom russischen Regelbruch erschüttert, fühlen uns von der Peripherie ins Zentrum befördert. Der Ukraine-Krieg hat einen paradoxen Effekt. Weil „wir“ fast unmittelbar betroffen sind, hat er eine Eurozentrik wiederbelebt, die eben noch eine politische Endmoräne zu sein schien. Der Ukraine-Krieg hat unseren Blick nicht geweitet, sondern verengt.

Europas weltprägende Zeit ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endgültig vorbei. Und auch das transatlantische Bündnis hat diese Kraft verloren. Der „Westen“ ist in politischer, sozialer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Hinsicht wohl das Beste, was die Neuzeit hervorgebracht hat. Aber er kann nicht mehr das Zentrum sein, dem andere sich nur anzuschließen brauchen. Er strahlt nicht mehr. Und müsste sich eingestehen, dass die Beschädigung seines Nimbus auch selbst verschuldet ist.

Die Beschränktheit deutscher Politik hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Artikel für die Zeitschrift „Foreign Affairs“ eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dieser trägt den Titel „Die globale Zeitenwende“ (<https://www.foreignaffairs.com/germany/die-globale-zeitenwende>) (im englischen Original klingt er sogar komisch: „The Global Zeitenwende“). Es ist von Anmaßung nicht frei, wenn ein deutscher Bundeskanzler im außenpolitischen Zentralorgan der USA eine neue Ära ankündigt. Wie es auch anmaßend ist zu behaupten, Deutschland – gerade aus dem sicherheitspolitischen Dornröschenschlaf erwacht – werde ein zentraler Akteur dieser neuen Zeit sein. Gewiss, Olaf Scholz verwehrt sich gegen ein neues Blockdenken. Und sucht Bündnispartner jenseits der ausgefahrenen Wege der vergangenen Jahrzehnte.

Doch Scholz bleibt auf halbem Wege stehen. Seine strategischen Gedanken greifen nicht systematisch über die alte transatlantische Konstellation hinaus. Zwar spricht er von den aufstrebenden Staaten „in Afrika, Asien, der Karibik und Lateinamerika“, denen „eine größere Mitsprache in globalen Fragen“ zugestanden werden sollte. Mitsprache heißt aber auch, dass „wir“ die Köche sind und jenen aufstrebenden Regionen vorerst nur das Kellnern zusteht. Das Zentrum bleibt, wo es immer schon war: im „Westen“. Das aber passt nicht mehr in die Zeit. Mit dieser Haltung wird es nicht gelingen, wenigstens einen Teil der vielen Staaten für neue Allianzen zu gewinnen, die den Ukraine-Krieg als eine innereuropäische Angelegenheit betrachten, die sie nichts angeht.

Es gehört zu den Eigenarten grundsätzlicher Menschenrechtsproklamationen, dass sie als universell gültig verkündet werden, dann aber lange nur partikular verwirklicht werden. Zu Beginn der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 hieß es, die Unterzeichner hielten es für selbstverständlich, „dass alle Menschen gleich geschaffen sind“. Das ist nun fast ein Viertel Jahrtausend her. Alle Menschen? Dem Buchstaben nach waren alle gemeint, in Wirklichkeit jedoch nicht. Denn die Verfasser schlossen weder Schwarze noch Frauen ein. Nicht aus Ranküne, sondern weil sie – fast möchte man beschönigend sagen: arglos – davon ausgingen, dass Mensch gleich weißer Mann sei. Sie sahen die „anderen“ einfach nicht.

Auch wenn dieser Tunnelblick in der Folgezeit Schritt für Schritt geweitet wurde, er bleibt eine Ursünde des westlichen Menschenrechtsverständnisses. Wenn es heute weithin unbestritten ist, dass alle Menschen im Besitz der Menschenrechte sind, ist das sicher auch eine Folge der Logik, die dem christlichen Verständnis vom Individuum und der Gedankenwelt der Aufklärung inhärent ist. So gesehen, war die Verallgemeinerung der Menschenrechte unausweichlich.

Man macht es sich aber zu einfach, wenn man – wie es der Historiker Heinrich August Winkler (</themen/heinrich-august-winkler/>) Buch für Buch, Artikel für Artikel tut – die westliche Welt als eine Maschine beschreibt, die allem Stottern und allen Rückschlägen zum Trotz mit Notwendigkeit auf die endgültige Etablierung einer liberalen, gewaltenteiligen Kultur hinausläuft. Der Skandal besteht darin, dass es so ungeheuer lange gedauert hat, bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass alle Menschen gleiche Rechte besitzen.

Nicht alle Völker der Welt warteten darauf, dass sich die Menschenrechte schon durchsetzen würden. Wenige Jahre nachdem die USA unabhängig geworden waren, erkämpfte Haiti unter François-Dominique Toussaint Louverture die Abschaffung der Sklaverei. Der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung breitete sich schnell weltweit aus. Spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts formierte sich die antikoloniale Bewegung in Indien.

Churchill hielt an den britischen Kolonien fest

Mehrere panafrikanische Kongresse berieten über die Frage, ob im antikolonialen Kampf eine Gemeinsamkeit aller afrikanischen Völker geschaffen werden könne. Der „Westen“ versuchte zu verhindern und zu bremsen, schaute bestenfalls zu. Als nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg über eine formalisierte internationale Staatenordnung nachgedacht wurde, machten das die Siegermächte unter sich aus. Die Befreiung der Kolonien stand nicht auf der Agenda.

Nur zwei Jahrzehnte später war es wieder ein Krieg, der Zweite Weltkrieg, der erneut die Schaffung einer stabilen Weltordnung auf die Tagesordnung setzte und der zur Gründung der Vereinten Nationen 1945 führte. Schon in ihrer Gründungsphase gingen die proklamierten hehren Ziele Hand in Hand mit dem unverblünten Hegemoniestreben der alten westlichen Welt.

Als der britische Premier Churchill (</themen/winston-churchill/>) und der amerikanische Präsident Roosevelt kurz vor dem Kriegseintritt der USA die Idee der Vereinten Nationen zu entwickeln begannen, sollte dabei zwar ein „New Deal für die Welt“ herauskommen. An eine Weltgemeinschaft, der alle Staaten mit gleichen Rechten angehören, war aber keineswegs gedacht. Churchill bestand 1941 bei der Formulierung der Atlantik-Charta, des ersten Gründungsdokuments der Vereinten Nationen, darauf, dass diese für die britischen Kolonien nicht gelten sollte. Roosevelt äußerte privat, die neue Weltorganisation müsse ein

„Polizeidirektorium der Großmächte“ werden. Und 1945 war es dann der südafrikanische Rassist Jan Smuts, der die Präambel der Charta der Vereinten Nationen schreiben durfte.

Am 30. Juni 1960 wurde die belgische Kolonie Kongo unabhängig. Während der Feierstunde hielt Patrice Lumumba, 35 Jahre alt und strahlender Held der Unabhängigkeitsbewegung, spontan eine das heimische Publikum begeisternde Rede. Lumumba erinnerte daran, dass die Unabhängigkeit erkämpft werden musste und die belgischen Kolonisten das Volk ausgebeutet, dass sie es gewaltsam und blutig unterdrückt hatten. Die optimistische Rede strahlt noch heute: „Zusammen, meine Brüder und Schwestern, werden wir einen neuen Kampf beginnen, einen erhabenen Kampf, der unser Land zu Frieden, Wohlstand und Größe führen wird.“

Doch daraus wurde nichts. Lumumba, ein Autodidakt, erregte den Zorn Belgiens und der USA, weil er die reichen Bodenschätze des Landes zur Entwicklung des neuen Staates nutzen wollte. Da ihm die westlichen Staaten dabei jeden nur denkbaren Stein in den Weg legten, wandte er sich in seiner Not an die Sowjetunion – eines der zahlreichen Beispiele dafür, dass die Linksorientierung unabhängig gewordener Staaten oft eine Reaktion auf die feindschaftliche Gesinnung westlicher Staaten war.

Der amerikanische Botschafter in Belgien schrieb: „Unser oberstes Ziel muss es sein, die Lumumba-Regierung, wie sie jetzt existiert, zu zerstören.“ Und Präsident Eisenhower wünschte sich, „Lumumba würde in einen Fluss voller Krokodile fallen“. Wenig später setzten Rebellen Lumumba ab, entführten und folterten ihn. Im Januar 1961 wurde Lumumba von Soldaten aus der abtrünnigen Provinz Katanga, die unter belgischem Kommando standen, erschossen. Die Mörder zerstückelten seinen Leichnam (</politik/ausland/plus239435341/Belgien-Kongo-Die-Heimkehr-des-Zahns-von-Patrice-Lumumba.html>) und lösten ihn in Schwefelsäure auf, die eine belgische Minengesellschaft bereitgestellt hatte. Keiner der an der Mordaktion Beteiligten wurde je gerichtlich belangt. Mehr noch: Einer von ihnen, Étienne Davignon, machte unbehelligt eine europäische Karriere und wurde Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Idealismus kann eine Schwäche sein

Das ist nur eines von vielen Beispielen. Der russische Angriff auf die Ukraine kann kein Anlass sein, „unsere Werte“ als den Stein der Weisen zu preisen. Angesichts der furchtbaren russischen Herausforderung sind vielmehr neue Bündnisse, neue Allianzen nötig. Um nur einige zu nennen: Staaten wie Kanada, Australien, Taiwan, Südkorea, Japan, Indonesien, Namibia, Ghana, Chile verdienen eine entschieden größere politische und diplomatische Aufmerksamkeit als bisher. Freilich nicht in dem Sinne, dass sie an die Kernstaaten der freien Welt einfach nur angedockt würden. Die neue freie Welt, die auf der internationalen Tagesordnung stehen sollte, kann nicht die Verallgemeinerung der alten freien Welt sein. Sie müsste etwas Neues werden.

Der russische Angriff auf die Ukraine könnte Anlass sein, erneut politisch, diplomatisch und wirtschaftlich groß zu denken. Und der durch Russland in Misskredit gebrachten Idee des Multilateralismus eine neue

Chance zu geben. Gefestigte Demokratien haben eine Schwäche: Sie kennen nur den Frieden, sie denken nur vertraglich. Der britische Geograf Halford Mackinder, der Erfinder der Geopolitik (</politik/ausland/plus242842643/Geopolitik-Sechs-Gewissheiten-die-2023-nicht-mehr-gelten.html>), hatte zwar Sympathie für den Idealismus, der jeder Demokratie eigen ist, sah darin aber auch eine Schwäche. Als die Siegermächte 1919 darangingen, eine neue Weltordnung zu entwerfen, schrieb er ein warnendes Buch über Ideal und Wirklichkeit der Demokratie. Darin steht: „Solange sie nicht gezwungen ist, sich zu verteidigen, weigert sich die Demokratie, strategisch zu denken.“

Demokraten denken selten vom Ernstfall her. Jetzt aber sind wir gezwungen, strategisch zu denken und zu handeln. Das scheint den politisch Verantwortlichen des antirussischen Bündnisses zumindest zu dämmern. Dabei geht es freilich um weit mehr als um Waffenhilfe für die Ukraine und allgemein um Wehrhaftigkeit. Sondern um ein ebenso entschiedenes wie vorsichtiges Bemühen, möglichst viele Staaten für ein Bündnis zu gewinnen, das sich nicht in allgemeinen humanitären Deklarationen erschöpft, die leicht zu hoch greifen.

Der amerikanische Diplomat und Politiker Daniel Patrick Moynihan hat 1975 dafür plädiert, der Instrumentalisierung der Vereinten Nationen durch antiwestlich orientierte Staaten nicht länger tatenlos zuzusehen, sondern darauf mit einer Politik des „liberalen Internationalismus“ zu antworten. Diese könnte heute wieder aktuell werden. Und attraktiv, wenn es ihr gelingt, eine kluge Menschenrechtspolitik mit dem konsequenten Verfolg des Freihandels zu verbinden.

Der Artikel ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der in der Zeitschrift „Internationale Politik. Das Magazin für globales Denken“ (Nr. 2, März/April 2023) der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erschienen ist.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  297

NEIN  99

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/244131197>